



**DIE ZUKUNFT
ÄNDERST DU
VOR ORT!**

Unsere Antworten/Ziele

für den Landkreis Oldenburg

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Oldenburg-Land



www.gruene-oldenburg-land.de

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021

Es ist wieder soweit – mit den Kommunalwahlen am **12. September 2021** haben wir Bürger*innen es in der Hand - wir können mit unserer Wahl die Politik-Schwerpunkte im Landkreis für die nächsten Jahre bestimmen. Gehen Sie daher wählen!

Im letzten Jahr haben sich mehr als 10.000 neue Mitglieder unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschlossen, das ist ein Wachstum von über 11 Prozent. Wir wollen weiter wachsen, weil es darum geht, Ungleichheiten in der Gesellschaft zu verringern, voranzugehen für ein starkes Europa und den Kampf gegen die Klimakrise und gegen das Artensterben anzutreiben.

Die Corona-Pandemie betrifft uns alle, sie ändert unser Zusammenleben schnell und tiefgreifend. Die langfristigen Folgen werden uns auch nach dem Ende der Pandemie noch lange begleiten und beschäftigen. Dennoch ist die Corona-Krise nicht die einzige Herausforderung, bei der wir unsere Kräfte bündeln und als Gesellschaft über uns hinauswachsen müssen. Leider ist der Klimaschutz neben der Pandemie in den Hintergrund geraten. Die Überhitzung des Erdklimas, der Schwund der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt, die Digitalisierung, der Strukturwandel unserer Wirtschaft, die Sicherung von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt die Sorge um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stellen uns vor weitere, sogar noch größere Aufgaben.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Oldenburg wollen einen lebenswerten Landkreis erhalten und im Sinne ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit voranbringen. Im Kreistag und in den Gemeinden des Landkreises setzen sich unsere Ratsfrauen und Ratsmänner für Klimaschutz, Energiewende, gutes soziales Miteinander, lebendige Natur, gesunde Umwelt, nachhaltige Wirtschaft, sichere und bedarfsgerechte Mobilität, Bildung für alle und vieles mehr ein.

Der Klimaschutz ist für uns ein zentrales und verbindendes Element: alle (Aus-)Wirkungen unseres Handelns sind damit verbunden.

INHALT

1. Klimaschutz
2. Soziales – Bildung - Integration
3. Landwirtschaft – Natur und Umwelt
4. Mobilität und ländlicher Raum
5. Wirtschaft – Verwaltung - Digitales

1. Klimaschutz

Die Arbeit für den Klimaschutz begreifen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Zeit und stehen ein für einen entschlossenen Weg hin zur echten Klimaneutralität unseres Landkreises.

Dieser Weg bedeutet für uns eine große Chance für mehr Lebensqualität und für eine Stärkung unserer Region. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist der Staat verpflichtet, Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse zu verhindern und die Menschen vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Das Urteil verdeutlicht, wie wichtig der Klimaschutz ist, um die Freiheitsrechte jüngerer Generationen zu schützen.

Klimaschutz muss jetzt im Landkreis und in jeder Kommune höchste Priorität haben. Bauleitplanungen, Mobilitätskonzepte, nachhaltiges Wirtschaften, Moorschutz und die Landwirtschaft müssen ganz oben auf der Agenda stehen:

Wichtige Bereiche und viele Aktionsfelder, wie z.B. die Mobilität, die Energie (Erzeugung und Einsparung), Bauen, Naturschutz und Landwirtschaft müssen mit den Menschen vor Ort gestaltet werden.



GRÜN wählen für:

- ein umfassendes und schlüssiges Mobilitätskonzept, das die Verkehrswende voranbringt,
- die Unterstützung beim verantwortungsvollen Repowering und Neubau von Windenergieanlagen; Organisation der Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen,
- die Einführung eines „Solarkatasters“: Bürger*innen erhalten mit einem Klick eine Übersicht über die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen und der Wirtschaftlichkeit,
- den Ausbau der Energieberatung und Förderprogramme im Bereich Energieerzeugung und energetischer Gebäudesanierung,
- die Weiterentwicklung der öffentlichen Liegenschaften zu „Plus-Energie-Gebäuden“,
- die Etablierung und Umsetzung nachhaltiger Standards in den Kommunen im Bereich Bauen und Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten; Leitfadententwicklung für klimaneutrale Gewerbegebiete,
- das Auflösen des Sanierungsstaus im Gebäudebereich durch kostenlose Beratungsangebote,
- Förderung von effizienter Wohnraumnutzung: Beratung und Zuschüsse z.B. für Einliegerwohnungen,
- die Unterstützung bei der Erprobung von Agro-Photovoltaikanlagen, also die Stromproduktion und landwirtschaftliche Nutzung der selben Flächen,
- den Schutz von Mooren und Wäldern als natürliche CO₂-Speicher.

Gemeinsam und vernetzt

Unsere Konzepte greifen ineinander: Wir Grünen bringen die wichtigen Handlungsfelder zusammen und bauen die Vernetzung des Landkreises mit seinen Kommunen aus. Dabei wollen wir die Gestaltungsprozesse stärker für Bürger*innen öffnen.

Zusammen mit Wirtschaftstreibenden, im Verbund mit Partnern aus Politik und Forschung werden wir Pilotprojekte entwickeln und bewerben sowie weitere Förderprogramme und mehr Unterstützung organisieren.

Mit uns wird der Landkreis die Angebote des Bundes sowie der Länder stärker nutzen und die Verbindung zu Netzwerken wie z.B. dem Klima-Bündnis ausbauen. Wir wollen die wertvolle Unterstützung, die bereits heute allen zur Verfügung steht, bei der Projektentwicklung und -umsetzung systematisch wahrnehmen. Denn gemeinsam - vernetzt innerhalb des Kreises und verbunden mit Partnern im Außenraum - können wir intelligente Lösungen auf den Weg bringen, die einem entschiedenen Klimaschutz gerecht werden, aber auch genauso den regionalen Arbeitsmarkt stärken.

GRÜN wählen für

- den Beitritt und aktive Teilnahme des Landkreises und der Kommunen im Klima-Bündnis (klimabuendnis.org),
- die Entwicklung und Bewerbung eines breiten Fortbildungsprogramms für die Kreis- und Kommunalverwaltungen, für die Zivilgesellschaft und Unternehmen z.B. im Rahmen der durch den Bund geförderten Plattformen des Deutschen Instituts für Urbanistik,
- den Ausbau der Kontakte zu Forschungsnetzwerken, um Pilotprojekte anzubahnen,
- die Neujustierung der Arbeit des Klimabeirates im Landkreis z.B. durch neue öffentliche Formate und stärkere Integration zivilgesellschaftlicher Gruppen,
- die Wirtschaftsförderung von innovativen Lösungen für den Klimaschutz und Nachhaltigkeit,
- das Initiieren von Energieeffizienz-Netzwerken für Unternehmen,
- das Initiieren eines Netzwerks im Bereich Handwerk zur Energie- und Klimatechnik.

In die Zukunft schauen

Die Entwicklungen im Blick: wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass der Landkreis auf regulatorische Veränderungen, technische Neuerungen und Trends vorbereitet ist und sich keine Chancen entgehen lässt. Beispielsweise sieht die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie vor, dass Bürger*innen bald nicht mehr nur Strom gemeinsam erzeugen, sondern ihn auch teilen können - vielleicht das "nächste große Ding" der Bürgerenergiebewegung.

GRÜN wählen für

- eine Themen-Findung und Bewertung der Relevanz für unseren Landkreis,
- Informationsangebote zu Trends und Chancen für die Öffentlichkeit,
- Innovations- und Ideenwettbewerbe zur Lösung regionaler Herausforderungen.

Sichtbar aktiv

Der Blick in die vergangene Wahlperiode zeigt uns, dass es ein aktiveres Eintreten der Politiker*innen für Veränderungen braucht. So hat der Landkreis vor sechs Jahren ein Klimaschutzkonzept verabschiedet, dessen gute Ansätze jedoch an vielen Stellen noch nicht zur Wirkung kamen.

GRÜN wählen für

- eine Kampagne des Landkreises zur Stromproduktion aus Sonne: „Mach dein Dach voll“,
- die Erneuerung der Umsetzungsplanung des Klimaschutzkonzepts,
- viele Zeichen setzen: Initiierung und Unterstützung von Leuchtturmprojekten in den einzelnen Kommunen, die für die Bürger*innen begreifbar sind und dabei ein kommunales Kompetenznetzwerk schaffen.

Bürger*innen gewinnen

Wir Grünen wollen möglichst viele Bürger*innen als aktive Mitgestalter*innen der Energiewende gewinnen.

GRÜN wählen für

- transparente, ansprechende und verständliche Informationsangebote zu den Herausforderungen und möglichen Lösungen im Klimaschutz vor Ort,
- Angebote zum Mitwirken und Entwickeln von Mitmachprojekten,
- die Förderung und Unterstützung von Bürgergenossenschaften, z.B. im Bereich Energie,
- die Förderung von neuen Formaten wie „Reallabore“ und Experimentierräume.

Entscheidungen auf den Klimaprüfstand

Wir Grünen wollen alle Beschlussvorlagen der Verwaltung und politische Anträge im Landkreis und in den Kommunen auf ihre Klimarelevanz prüfen, z.B. auf Basis eines Leitfadens der Niedersächsischen Klima- und Energieagentur. Wir sind von diesem Vorgehen überzeugt und werben dafür, damit fortan alle Entscheidungen nachhaltig getroffen werden können.

GRÜN wählen für

- einen Grundsatzbeschluss, der den Klimaschutz zum strategischen Ziel erklärt und sicherstellt, dass zukünftig alle Beschlussvorlagen auf ihre Klimarelevanz hin geprüft werden. Der Nutzen für die Zukunft und der soziale Gewinn sollen darin hervorgehoben werden.

Ein Masterplan Klimaschutz 2035 für den Landkreis

Ein erfolgreicher und konsequenter Klimaschutz braucht Strategie. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landkreis mit seinen Kommunen unter Einbezug der Bürger*innen, der Wirtschaft und externem Sachverstand einen Masterplan mit Wegen zur Klimaneutralität entwickelt und als Grundsatzbeschluss verabschiedet. Um bei der Umsetzung die Verbindlichkeit zu garantieren, wollen wir eine Fortschrittskontrolle etablieren.

GRÜN wählen für

- einen Masterplan hin zur Klimaneutralität 2035 mit Grundsatzbeschluss zur Umsetzung,
- ansprechende und verständliche Berichterstattung.

Handeln!

Die Grünen nehmen die Sorgen unserer Mitmenschen sehr ernst und werden handeln! Den Herausforderungen des Klimaschutzes stehen wir nicht mit leeren Händen gegenüber - im Gegenteil: Die entwickelte Technik und die Konzepte sind so leistungsfähig, dass wir die Wende schaffen können. Beispielsweise ist Strom aus regenerativen Quellen heute günstiger als mit modernsten Gas- oder Kohlekraftwerken - und da sind Langzeitfolgen noch nicht einmal eingerechnet.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind beim Thema Umwelt- und Klimaschutz seit über 40 Jahren politischer Vorreiter und werden uns weiterhin intensiv dafür einsetzen.

Mit diesem Wahlprogramm bieten wir einen Weg zur Klimaneutralität im Landkreis Oldenburg an.



2. Soziales - Bildung - Integration

Kommunale Sozialpolitik

Zurzeit gibt es in unserem Sozialstaat eine hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen. Vieles können wir aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht ändern, aber es gibt soziale Bereiche, in denen sich Bürger*innen in ihrer Kommune direkt einbringen können, sowohl auf politischer Ebene als auch im ehrenamtlichen Bereich.

Nicht umsonst werden Kommunen vielfach als Keimzelle der Demokratie bezeichnet.

Ein Grundstein für ein gutes Miteinander ist eine transparente Bürger*innenbeteiligung und die Stärkung von ehrenamtlichem Engagement.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle an einem selbstbestimmten Leben ermöglicht, Armut bekämpft, Barrieren entfernt und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt.

Dabei steht die Familie im Mittelpunkt unserer Vorstellung von einer Gesellschaft der Vielfalt (z. B.: Vielfalt der Kulturen, Vielfalt der Religionen, Vielfalt der geschlechtlichen Orientierung).

Der Landkreis unterstützt bereits unterschiedlichste Anlaufstellen für Schutzbedürftige sowie Selbsthilfegruppen, Institutionen zur Gewaltprävention, etc. Dies wollen wir Grünen weiter ausbauen.

Das kommunale Spektrum ist riesengroß von der Krippe bis zur Pflege im Alter. Wir beachten den demographischen Wandel und die Generationengerechtigkeit.

Wir Grünen setzen uns ein für ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind, für eine freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft und stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt.



Bezahlbarer Wohnraum

Seit Jahren steigen die Preise für Mieten, Grundstücke und Häuser überproportional. Das ist inzwischen für Menschen aller Einkommensgruppen problematisch. Eine Trendwende ist auch hier im Landkreis nicht in Sicht. Die Kommunen ziehen sich immer mehr aus der Grundstücksvermarktung zurück und haben damit wenig Einfluss auf die Preisgestaltung - mit dem Ergebnis, dass sich dadurch die Preisschraube immer weiter dreht.

Das gleiche gilt für die Mietpreisentwicklung. Der Wohnungsmarkt reguliert sich nicht mehr selbst. Viele Menschen wohnen in unpassenden Räumlichkeiten – zu klein, z.B. bei Familiengründung, oder auch zu groß, z.B. nach Auszug der Kinder oder im Alter. Umwelt- und Klimaschutz verlangen jedoch heute, nachhaltige zukunftsfähige Maßnahmen zu gestalten.

Bezahlbarer angemessener Wohnraum soll allen Bürger*innen zur Verfügung stehen.

GRÜN wählen für

- aktive Förderung von bezahlbarem, sozialem Wohnraum unter strikter Prämisse der Nachhaltigkeit bei Flächennutzung, Bauweise und Energie,
- Einbeziehung aller Fördermöglichkeiten von Land und Bund, um wirklich Bedürftige (Personen mit niedrigem Einkommen, größere Wohngemeinschaften) zu erreichen,
- eine Quotierung des sozialen Wohnungsbaus in allen Neubau- und Sanierungsgebieten, Prüfung, ob kommunale Beteiligungsmodelle, Erbbaurecht oder Vorkaufsrechte o.a. möglich sind,
- Entwicklung der Kommune zur kompetenten und neutralen Beraterin für mögliche Umgestaltung von Bestandsimmobilien. Dadurch können durch z.B. innerörtliche Verdichtung neue Wohneinheiten entstehen.
- Förderung der Schaffung von Wohnraum durch Aufstockung von Gewerbeimmobilien. Die Kommune prüft eine finanzielle Beteiligung.
- Genehmigung neuer Gewerbeflächen nur mit Mischbebauung bzw. eine bauliche Integration von Wohnraum in Gewerbeimmobilien,
- Förderung von genossenschaftlichen Wohnkonzepten ohne Gewinnorientierung. Die Kommune prüft eine finanzielle Beteiligung,
- Begünstigung von sozialen Wohnformen - grundsätzlich soll die Prämisse des integrativen Zusammenlebens gelten, also z.B. die Mischung der Generationen und der Herkunftsnationen.

Wohnraum soll der Lebensphase angepasst werden können.

- Wir fordern für die Kommunen eine aktive Rolle bei gewünschtem Wohnraumwechsel.
- Die Kommunen sollen durch eine gemeinwohlorientierte Wohnungsbau-/Wohnungsagentur im Sinne einer Angebotsbörse den Tausch von Immobilien fördern.
- Hier können im Eigentumssektor neben reinem Geldwertausgleich auch Mietkauf- oder Rentenkaufmodelle zum Einsatz kommen.
- Das kommunale Liegenschafts- und Baugestaltungsmanagement ist zu intensivieren. Eine Steuerung soll über städtebauliche Konzeptionen erfolgen.

Integration

Integration beginnt mit dem Tag des Ankommens. Wer Teil dieser Gesellschaft werden **soll** braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil unserer Gesellschaft werden **will** braucht Sprache und Motivation. Wir Grünen fördern Teilhabe, unterstützen die hier Ankommenden und hier Lebenden. Wir setzen uns ein für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.

Ohne die große ehrenamtliche Unterstützung von engagierten Bürger*innen in der Geflüchtetenarbeit wäre das, was bisher geschafft wurde, nicht möglich gewesen. Hier gilt es weiter einerseits die ehrenamtlichen Helfer*innen zu unterstützen und andererseits den Geflüchteten das Rüstzeug zu geben um selbstbestimmt leben zu können.

Darüber hinaus beschäftigt uns die Integration von arbeitsmigrantischen Mitbürger*innen. Menschen, die meist aus Rumänien oder Bulgarien als Europäer*innen zu uns kommen und Arbeit suchen. Hier gilt es die Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen zu verbessern, die durch die Praktiken von zum Teil ausbeuterischen Firmen entstanden sind.

GRÜN wählen für

- Bildungszugang fördern und weitere spezielle Unterstützung bei der Sprachförderung Deutsch als Fremdsprache, auch für die zugezogenen Familienangehörigen,
- Schaffung von kombinierten berufsbildenden und sprachfördernden Maßnahmen,
- Kommunen und Landkreis sollen konkrete Planungen und Integrationskonzepte (Quartiersmanagement) erarbeiten, damit das Zusammenleben in der Gemeinschaft (Teilhabe), die Begegnung und der politisch kulturelle Austausch gefördert werden. Hier wollen wir vor allem die ehrenamtliche Arbeit außerhalb und innerhalb von Vereinen und Institutionen unterstützen.
- Präventionsarbeit zur Vermeidung und Minderung vorhandener gesellschaftlicher Integrationsdefizite in Zusammenarbeit der Akteure im Landkreis fördern,
- Verbesserung der Wohnsituation der Arbeitsmigrant*innen und ihren Familien, die zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen überbeuert Wohnraum von ihren Arbeitgeber*innen in einem Abhängigkeitsverhältnis anmieten, u.a. durch entsprechende Kontrollen (Wohnraumschutzgesetz).

Bildung

Alle Menschen haben ein Recht auf optimale Bildungschancen, deshalb fordern wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle.



Der Landkreis Oldenburg und die Gemeinden sind als kommunale Schulträger verantwortlich für die Schulentwicklungsplanung, die Schülerbeförderung und die räumliche und sächliche Ausstattung der Grundschulen, der Sek.-I und Sek.-II - Schulen und der Berufsbildenden Schulen. Für die Krippen und Kindertagesstätten besteht darüber hinaus die Verantwortung für die Erfüllung des bestehenden Rechtsanspruches auf Betreuung.

13 Thesen einer "grünen" Politik im Bereich Bildung

1. Bildungseinrichtungen wohnortnah für kürzere Wege und weniger Schulbusverkehr.
2. Bildung in Krippen, Kindertagesstätten und Hort muss insbesondere in Bezug auf die Umsetzung der Konzeption der Inklusion eine zeitgemäße Struktur und Prozessqualität vorhalten. Die Ausstattung mit qualifizierten heilpädagogischen Fachkräften muss weiter ausgebaut werden.
3. Die Vermittlung von mehr Umweltbewusstsein insbesondere im Sinne des Klimaschutzes muss in den Bildungseinrichtungen praxisorientiert erfolgen.
4. Mit der Ausrichtung auf eine inklusive Bildung in einem barrierefreien Schulalltag und einem angestrebten Ganztagsunterricht müssen die Bildungseinrichtungen im Landkreis ggf. baulich saniert und erweitert werden.
5. Mit einem leistungsfähigen Internetanschluss, einer zeitgemäßen IT-Ausstattung, einer nachhaltigen Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und einem technischen Support in der Einrichtung müssen durchgängig alle Bildungseinrichtungen ausgestattet werden. Besondere Aufmerksamkeit benötigen dabei die sozial benachteiligten Schüler*innen. Bei der Arbeit im Internet soll der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Medien in Bezug auf den Umgang von Meinungsvielfalt der Kulturen, der Religionen und der geschlechtlichen Orientierung vermittelt werden.
6. Gemäß des Wunsch- und Wahlrechts der Erziehungsberechtigten sollen die weiterführenden Schulen als schulisches Angebot einer Integrierten Gesamtschule bedarfsgerecht weiter entwickelt und ausgebaut werden.
7. Gemäß des Wunsch- und Wahlrechts der Erziehungsberechtigten soll die Förderschule als alternatives Bildungsangebot auch weiterhin bestehen bleiben, wobei die nachhaltige Zielperspektive die inklusive Schule ist. Als ein möglicher Zwischenschritt zur Inklusion sind die Integrations- und Kooperationsangebote in den Kindertagesstätten und die Kooperationsklassen mit den Förderschwerpunkten "Geistige Entwicklung" und "Emotionale und Soziale Entwicklung" verstärkt zu fördern.
8. Die Verpflegung in den Bildungseinrichtungen soll gesund, ausgewogen, regional und ökologisch sein.
9. Die Berufsbildenden Schulen (BBS) sollen mit modernen berufstypischen, technischen Geräten und Anlagen ausgestattet werden. Die BBS soll in der Schulkonzeption als eine wesentliche Zielsetzung die Befähigung der Schüler*innen zum lebenslangen Lernen beinhalten. Die benachteiligten Schüler*innen benötigen besondere Aufmerksamkeit bei der Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt. Die Inklusion muss auch in der BBS vorangebracht werden.
10. Die Schülerbeförderung soll auch für die Schülerinnen und Schüler im Sek.-II-Bereich kostenlos sein.
11. In der Erwachsenenbildung sollen die erfolgreich durchgeführten Deutsch-Sprachkurse (z. B: Deutsch als Zweitsprache) im Rahmen einer individuellen Förderung von Mitbürgern aus anderen Kulturkreisen weiterhin auch von freien Trägern (z.B. VHS, LEB etc.) durchgeführt werden.
12. Erziehungsberechtigte sollen in einem ortsnahen Familienzentrum einen kompetenten Ansprechpartner für individuelle Unterstützung finden. Diese konkrete Hilfestellung soll niederschwellig sein.
13. Alle Schulformen sollen mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen ausgestattet werden, um einer eventuellen Gefährdung des Kindeswohls und der bei den Schüler*innen immer stärker sich entwickelnden psychischen Störungen nachhaltig begegnen zu können.

Gesundheit, Pflege

Gesundheit ist das höchste Gut. Wie verletzlich wir und unsere Gesellschaft hier sind, haben wir in den vergangenen Monaten in der Covid-19-Pandemie erfahren.

Nicht nur die Gesundheit des Einzelnen, auch der Zusammenhalt untereinander war und ist schweren Zerreißproben ausgesetzt.

Auch aus den Erfahrungen dieser schweren Prüfung heraus setzen wir unsere Schwerpunkte/Forderungen:

1. Alle Bürger*innen sollen gleichen Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung haben.
2. Die haus- und fachärztliche Versorgung im Landkreis soll stabilisiert und weiter entwickelt werden.
3. Option eines Bürgerbusses für Arztbesuche prüfen/schaffen.
4. Sicherung eines adäquaten Rettungsdienstes in der Fläche.
5. Die Palliativversorgung anstelle von Technisierung am Lebensende wird gefördert. Akteure der stationären und ambulanten Medizin und Pflege sowie Hospizdienste werden vernetzt.
6. Individuelle Pflegeberatung wird ausgebaut, ggfs. Einrichtung der Stelle einer/ eines Pflegebeauftragten.
7. Soweit in kommunaler Kompetenz, werden faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung von Pflegenden durchgesetzt.
8. Die Ausbildung in Pflegeberufen und die Rückgewinnung ausgebildeter Pflegekräfte wird gefördert.
9. Ein Bleiberecht für Migranten, die eine Pflegeausbildung absolvieren bzw. im Pflegeberuf arbeiten, soll gefördert werden.
10. Kinderbetreuung soll den Bedürfnissen von Pflegekräften angepasst werden.
11. Neue Wohn- und Betreuungsmodelle für Senioren und Menschen mit Behinderungen sollen gefördert werden.
12. Generationsübergreifende Wohnpartnerschaften sollen gefördert werden.
13. Initiativen zur Gewaltprävention, Senioren- und Behindertenräte, Anlaufstellen für Schutzbedürftige sowie Selbsthilfegruppen werden unterstützt.
14. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse schaden der Gesundheit. Diese werden aufgezeigt und bekämpft.
15. Gesunde Ernährung muss für alle Lebensphasen und jeden Geldbeutel möglich sein. Das gilt insbesondere für die Verpflegung in Kitas und Schulen. Die Früchte der Ökomodellregion Oldenburg Land sollen für alle zugänglich sein.
16. Eine Teilnahme am Netzwerk deutscher Biostädte wird angestrebt.



3. Landwirtschaft – Natur und Umwelt

Zukunftsfähige Landwirtschaft

Wir von BÜNDIS'90/DIE GRÜNEN stehen für die Stärkung einer ökologischen Landbewirtschaftung und artgerechten Nutztierhaltung. Die jetzige Landwirtschaftspolitik führt zu großen Umweltbelastungen. Wir fordern eine Änderung der Förderpolitik für die Landwirtschaft, die sowohl umweltschonend und ökologisch ausgerichtet ist, als auch kleineren Betrieben eine gesicherte Existenz bietet.

Regional, saisonal, ökologisch: Wer weiter denkt, kauft näher ein!

Wir sind alle Konsumenten – jede/r Einzelne, die Gemeinde und der Landkreis. Die Verbraucher*innen entscheiden durch ihr Einkaufsverhalten mit, wie und welche Lebensmittel hergestellt werden. Wir Grünen fordern eine bessere Transparenz der Lebensmittellieferkette („from farm to fork“- Strategie). Das Angebot aus regionaler, saisonaler und ökologischer Herkunft, insbesondere in den Schulen, KiTa's, in der Gastronomie und allen öffentlichen Einrichtungen muss gesteigert werden. Diese Vorbildfunktion, u.a. des Landkreises und der Gemeinden ist wichtig, um das allgemeine Einkaufsverhalten nachhaltig zu verändern. Die von den Grünen 2020 auf den Weg gebrachte und beschlossene Ökomodellregion für den Landkreis ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Mehr Tierschutz und artgerechte Haltung

Auf Dauer wird eine Landwirtschaft nur dann erfolgreich sein, wenn hohe Umwelt- und Tierschutzstandards als Selbstverständlichkeit umgesetzt werden.

Alle landwirtschaftlichen Nutztiere sind artgerecht zu halten. Das gilt für industrielle Tierhaltungen in Großbetrieben genauso wie für kleinere Betriebe. Letztere wollen wir Grünen wegen des höheren Aufwandes besonders unterstützen.



Die hohe Anzahl landwirtschaftlicher Nutztiere, der damit verbundene Gülleanfall und die Gärreste aus Biogasanlagen belasten bereits viele Böden sowie das Oberflächen- und Grundwasser. Die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft sind unverändert hoch und sind zu senken. Deswegen fordern wir Grünen eine Reduzierung der Tierzahlen. Neubauten von Tierställen dürfen nur noch in begründeten Ausnahmefällen im Landkreis genehmigt werden. Wir müssen den Spagat schaffen, gleichzeitig eine wettbewerbsfähige, umweltgerechte und nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben.

Das geht nur über eine gezielte Änderung der staatlichen Förderung. Dafür machen wir Grünen uns stark.

Eine bessere Umwelt schaffen

Lebendige Feldraine, Wallhecken und Blühstreifen

Acker- und Wegeseitenränder sowie Wallhecken sind wichtige Lebensräume für die Erweiterung und Erhaltung für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren (Biodiversität) und haben eine enorme Bedeutung bei der Vernetzung von Biotopen.

In den letzten Jahrzehnten sind viele solcher Feldraine durch landwirtschaftliche Nutzung schmaler geworden oder sogar gänzlich verschwunden. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Acker- und Wegeseitenränder wieder in voller Breite mit naturschutzgerechtem Bewuchs entstehen.



GRÜN wählen für

- Anlage von mehrjährigen Blühstreifen und eine verstärkte Förderung der Pflege der landschaftsprägenden Wallhecken im Landkreis,
- Aufwertung des Naturparks Wildeshäuser Geest durch Schaffung von „Grünen Bändern“ mit hohem touristischem Potenzial

Grundwasser und Fließgewässer schützen

Schutz und Sicherung unseres Grund- und Trinkwassers sind existenziell. Schadstoffeinträge in das Grundwasser sind zu vermeiden. Deshalb fordern wir Grünen eine Wasserschutzberatung für landwirtschaftliche Betriebe. Der Fokus der Beratung muss sein, weniger Mineraldünger und Pestizide auf landwirtschaftlichen Flächen einzusetzen.

An Fließgewässern brauchen wir Schutzstreifen gegen schädliche Einträge von Flächen mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Breitere Schutzstreifen, wie im „Niedersächsischen Weg“ beschlossen, sind umgehend anzulegen.

Bedingt durch den Klimawandel nehmen Extremwetterlagen zu und gefährden unsere Grund- und Trinkwasser-Ressourcen erheblich. Kennzeichen sind lange Trockenperioden oder Starkregenereignisse. Um die Auswirkungen von Dürre und Überschwemmungen abzumildern, ist dringend ein Wassermanagementplan zu entwickeln.

GRÜN wählen für

- Förderung von wasserspeichernden und bodenschonenden Bewirtschaftungsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Boden als Puffer und Wasserspeicher, Bodenanalytik und Humusaufbau, Begrünungsstrategien nutzen,
- Renaturierung von Vorflutern und Drosselung des Wasserabflusses durch Drainagen,
- Einbau von fischgängigen Staustufen in Entwässerungsgräben,
- Einbau von Speicher- und Versickerungsanlagen,
- Anreize zu Wassersparmaßnahmen in Industrie und Gewerbe, öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalten,
- Verringerung der Entnahme von Wasser aus Fließgewässern und Tiefbrunnen zu Beregnungszwecken.

Umwelt und Naturschutz - Verantwortung für unsere Zukunft



„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“

Dieser alte Slogan ist für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis heute Leitbild, denn es gibt keinen Planeten „B“. Natur- und Umweltschutz sind kein Selbstzweck, sondern sie schützen unsere menschliche Lebensgrundlage.

Wir Grünen begrüßen den Ende 2020 per Landesgesetz beschlossenen „Niedersächsischen Weg“ für mehr Natur, Erhaltung der Artenvielfalt etc.. Wir werden die Umsetzung in Kooperation mit der Landwirtschaft, den Umwelt- und Naturschutzverbänden, dem Landvolk und der Landwirtschaftskammer aufmerksam begleiten.

Erhalt und Schutz der Moore

Moore sind ein CO₂-Speicher und nach dem Pariser Klimaschutzabkommen ausdrücklich zu schützen. Unsere Aufgabe ist es nun, dass Moore spätestens 2050 kein CO₂ mehr emittieren. Die Entwässerung der Moore ist zu stoppen. Eine Wiedervernässungsstrategie ist zu entwickeln und umzusetzen. Die nachhaltige Bewirtschaftung der Grünlandflächen auf Moorböden ist sicher zu stellen.

Schutzgebiete stärken und erweitern - Naturpark Wildeshauser Geest

Der Landkreis Oldenburg gehört flächenmäßig zum großen Teil zum Naturpark Wildeshauser Geest und ist geprägt durch vielfältige Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Flussniederungen, einer einmaligen Wallheckenstruktur sowie von flächenhaften Natur- und Einzeldenkmalen. Diese gilt es stärker als bisher zu schützen und zu pflegen. Dazu gehören auch die zahlreich im Landkreis angelegten Kompensationsflächen.

In landeseigenen Naturschutzwäldern darf nicht länger die Wirtschaftlichkeit durch überzogene Holzentnahme im Vordergrund stehen. Deswegen sind die Entwicklungs- und Erhaltungspläne für alle Naturschutzgebiete dringend anzupassen. Professionelle Aufklärung für die stark ansteigende Zahl der Besucher in Schutzgebieten ist einzuführen und als ein nachhaltiger Bildungsauftrag zu verstehen. Vom Landkreis einzustellende Ranger könnten diese Aufgaben übernehmen.



4. Mobilität und ländlicher Raum

Die autozentrierte Mobilität ist klima- und umweltschädlich. Wir von BÜNDIS'90/DIE GRÜNEN setzen dagegen auf einen gleichberechtigten und vernetzten Mix aus Radverkehr, ÖPNV und schadstoffarmem, motorisiertem Individualverkehr.

Um die Verkehrswende im Landkreis voranzutreiben und die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen, ist eine unserer zentralen Forderungen die Einrichtung eines Mobilitäts-teams beim Landkreis Oldenburg, welches Projekte im Sinne der Verkehrswende voranbringt.

Radverkehr



Das Fahrrad muss sein Potential als attraktives Verkehrsmittel auch im ländlichen Raum wesentlich stärker entfalten. Durch die Verbreitung von E-Bikes sind auch für weniger sportliche Menschen größere Entfernungen bequem zurückzulegen, aber besonders in einem Bewegungsradius von 5 km spielt das Fahrrad seine Stärken aus. Dazu muss die Infrastruktur vielerorts verbessert und modernisiert werden.

GRÜN wählen für

- der Landkreis Oldenburg wird Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V. und unternimmt alle nötigen Anstrengungen sich entsprechend zu zertifizieren,
- Trennung von Fuß- und Radverkehr innerorts, auch zum Schutz der Fußgänger
- baulich eigenständige Radwege oder geschützte Radstreifen bei Tempo 50. Wo Radfahrer im Mischverkehr auf der Fahrbahn fahren müssen, gilt Tempo 30,
- mehr, sicherere und möglichst witterungsgeschützte Fahrradparkplätze,
- breitere Radwege gemäß den neueren Regelbreiten; geeignete Oberflächen (i.d.R. Asphalt), gute Pflege und Instandhaltung, funktionaler Herbst- und Winterdienst,
- Radschnellwege und Premiumrouten zwischen den Ortschaften und Kommunen, Umsetzung des Regionalen Mobilitätskonzept ‚Radverkehr‘ vom Kommunalverbund Bremen-Niedersachsen,
- Unterstützung des Aktionsprogramms „Fahradfreundlicher Arbeitgeber“ - der Landkreis als Arbeitgeber muss als Vorbild vorangehen,
- mindestens 30% der im Kreishaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für Straßenbau sollen künftig für Maßnahmen der Radverkehrsförderung investiert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV soll auch im ländlichen Raum das Rückgrat einer nachhaltigen und sozial organisierten Mobilität darstellen und muss an andere Mobilitätsformen sinnvoll angeschlossen werden.



GRÜN wählen für

- Linienbusverkehr nicht nur zu Schulzeiten und möglichst im Stundentakt,
- Bürgerbus, Anruf-Sammel-Taxi und andere flexible Angebote integrieren,
- Mitnahme von Fahrrädern unkompliziert ermöglichen, funktionale Radabstellanlagen an Haltestellen errichten,
- Verbesserungen im Zugverkehr: Halbstundentakt durchsetzen, Prüfung der Wiederbelebung stillgelegter Strecken und Haltepunkte,
- gute Anbindung von Gewerbegebieten an den ÖPNV.

Auch das Auto ist ein Baustein in der vernetzten Mobilität und hat gerade im ländlichen Raum seine Bedeutung. Autoverkehr kann und muss jedoch ressourcenschonender gestaltet werden mit

- Car-Sharing und Bürgerautos. Den Menschen soll der Zugang zum Auto möglich sein, wenn es wirklich benötigt wird.
- dem Ausbau der Ladeinfrastruktur an P&R-Anlagen und öffentlichen Parkplätzen zur Förderung der Elektromobilität,
- emissionsfreien kommunalen Fahrzeugen.

Perspektiven für den ländlichen Raum entwickeln

Strukturwandel in der Landwirtschaft, Flächenkonkurrenz und demographischer Wandel sind Stressfaktoren für die ländliche Gesellschaft. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Entwicklung neuer Perspektiven auf dem Land aktiv unterstützen. Dabei gilt es, die Digitalisierung als Chance für den ländlichen Raum zu entwickeln.

GRÜN wählen für

- Orte der Begegnung für Dorfgemeinschaften, Gruppen und Vereine
- mehr Aufenthaltsqualität durch mehr Grünflächen und verkehrsarme, Ruhezonen, aber auch durch wirksamen Schutz des Ortsbildes und seiner identitätsprägenden Bauten,
- Erhalt der Grundversorgung vor Ort z.B. durch Dorfläden. Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung und Pflege vor Ort sind lebenswichtig und vermeiden Verkehr.
- Co-Working. Arbeiten im Homeoffice vermeidet Wege und kann eine Chance für den ländlichen Raum darstellen. Co-Working-Zentren in unseren Gemeinden bieten neuen Formen des Arbeitens die notwendige Infrastruktur,
- Stärkung von Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe, z.B. mit digitalen Diensten,
- Erhalt und Wiederbelebung von Infrastrukturen mit neuen Konzepten, z.B. Genossenschaften und Selbsthilfeinitiativen.

Die Kreisverwaltung soll eine Anlaufstelle für diese Zukunftsfragen sein. Wir Grünen fordern Mitarbeiter*innen, die Projekte zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe auf dem Land anregen, beraten und begleiten und somit zukunftsfähige Transformationsprozesse fördern und gestalten.

5. Wirtschaft - Verwaltung - Digitales

Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für eine sozial und ökologisch verträgliche wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis ein, die ein gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht. Dies ist Voraussetzung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Daher ist Nachhaltigkeit ein zentrales Thema der Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftspolitik mit Weitblick

Wir Grünen stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Wir wollen im Landkreis eine Wirtschaft, die bei Umweltproblemen Teil der Lösung statt Teil des Problems ist. Für uns Grüne gehört zwischen Wirtschaft und Umwelt kein „oder“.

Der Landkreis Oldenburg ist ein Wirtschaftsstandort, geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit einem breit gefächerten Branchenmix. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Umwelt und Klimaschutzanforderungen nicht als Hindernis, sondern als Chance begriffen werden.

GRÜN wählen für

- eine verstärkte Unterstützung von lokalen Initiativen und nachhaltigen Unternehmen, die vor Ort produzieren oder handeln,
- fördern von unternehmerischen Aktivitäten für Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Der Landkreis Oldenburg hat nach wie vor eine erfreulich niedrige Arbeitslosenquote. Um auch junge Menschen zu erreichen und zu qualifizieren, brauchen wir geeignete, innovative Projekte und Maßnahmen. Diese wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen entwickeln und umsetzen. Zusätzliche Förderung brauchen wir auch für Geflüchtete, damit sie ihre Fähigkeiten und Stärken ausschöpfen können.

GRÜN wählen für

- die Rahmenbedingungen für Arbeit und Leben im Landkreis Oldenburg attraktiv gestalten, um Abwanderung zu verhindern und potentielle Arbeitskräfte zu gewinnen,
- eine gute und verlässliche Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum und ein Angebot an Freizeitmöglichkeiten.

Im Landkreis gibt es eine große Zahl von Schlachtbetrieben, die in den letzten Jahren immer wieder durch Verstöße gegen das Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetz sowie durch unwürdige Wohnsituationen der Arbeiter*innen aufgefallen sind, von denen ganz besonders Migrant*innen aus Osteuropa betroffen sind. Diese Missstände sind in der Corona-Pandemie durch massive Ausbrüche von Covid-19-Infektionen noch deutlicher geworden. So wurde die Bundesregierung endlich zum Handeln gezwungen. Nach langen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien hat sich die Koalition auf ein Verbot der Werkverträge geeinigt.

GRÜN wählen für

- weitere Aufmerksamkeit und regelmäßige Kontrollen durch den Landkreis zur Einhaltung der Vorschriften,
- faire Bezahlung, angemessene Unterkünfte für alle.

Fläche ist nicht vermehrbar! Deshalb setzen wir Grünen uns für den sparsamen Umgang mit Fläche ein. Wir wollen ein Gewerbeflächenmanagement, das in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf einen sparsamen Umgang mit der Fläche setzt. Gemeinsam sind wir stärker!

Wir werden uns mit Kraft dafür einsetzen, dass keine Waldflächen für die Schaffung von Gewerbe- und Industriegebieten abgeholzt werden. Der Biotopverbund ist zwingend zu berücksichtigen.

„Grün statt grau“ ist unsere Devise für zukünftige, aber vor allem auch für bestehende Gewerbegebiete. Wir wollen Kommunen und Unternehmen durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützen, die in Nachhaltigkeit investieren. Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung von (Park-)Flächen, das Anlegen von Grüngürteln oder die Nutzung erneuerbarer Energien, sind nur einige Beispiele für Projekte, die uns wichtig sind.

GRÜN wählen für

- eine Wirtschaftsförderung, die nachhaltig, d.h. sozial und ökologisch verträglich ist
- Förderung von Geschäftsmodellen und unternehmerischen Aktivitäten, die sich nachhaltig aufstellen,
- einen breit gefächerten Branchenmix,
- Entwicklung von Maßnahmen zur Qualifizierung von jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf,
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitsmigrant*innen in den Schlachtbetrieben,
- ein Gewerbeflächenmanagement, das interkommunal ist und sparsam mit der Fläche umgeht,
- die Umwandlung bestehender Gewerbegebiete in klima- und umweltfreundliche Flächen durch Beratung und Förderung.

Wir alle können etwas tun: „Wer weiter denkt, kauft näher ein!“

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Oldenburg werden weiter darauf hinarbeiten, dass die Kommunen beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, z. B.

- bei der Einhaltung von Mindestlöhnen / arbeitsrechtlich einwandfreien Bedingungen,
- mit verantwortungsbewussten Einkaufsleitlinien (menschen- und umweltgerechten Herstellungsbedingungen),
- fair-gehandelte Produkte sowie regionale Produkte eingesetzt werden: vom fairen Kaffee über faire Milch bis zur regionalen Möhre.

Als Bildungselement fordern wir ein regionales Beschaffungskonzept für Lebensmittel bei der Schülerverpflegung.

Moderne Verwaltung - Digitales

Eine moderne Verwaltung soll nach dem Verständnis von uns Grünen Dienstleister*in und Partner*in für die Bürger*innen sein. Eine moderne Verwaltung steht für Bürgernähe, kurze Wege, hohe Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse.

Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig die konsequente Umsetzung der Digitalisierung ist. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist derzeit vermutlich die größte Herausforderung für Behörden. Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren.

GRÜN wählen für

- eine flexiblere, niederschwellige und bürger*innennähere Verwaltung. Mitarbeiter*innen werden entsprechend fortgebildet,
- Ermöglichung digitaler Behördengänge,
- einen Mix von digitalen Prozessen und Ansprechpartner*innen vor Ort,
- Verwaltungsdienstleitungen sollen auch weiterhin analog zur Verfügung stehen,
- zukunftsweisende Personalplanung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Mit einer E-Government-Strategie für den Landkreis Oldenburg wollen wir Grünen dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen spätestens Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.

Allen Bürger*innen und Unternehmen soll ermöglicht werden, für ihre Anliegen benötigte Einblicke in Verwaltungsvorgänge leicht und unbürokratisch zu erhalten. Wir Grünen fordern, dass die Vorteile von Open Government-Systemen für eine transparente Zusammenarbeit und einen offenen Austausch genutzt werden.

Die Gleichberechtigung soll und muss auch weiterhin hohe Priorität haben. Daher setzen wir uns dafür ein, dass mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltungen mit Frauen besetzt werden.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern und fordern

- die Entbürokratisierung der Verwaltung,
- die Schaffung von digitalen Lösungen,
- eine bürgernahe Verwaltung,
- barrierefreie Verwaltung – vor Ort sowie digital,
- eine zukunftsweisende Personalplanung für eine serviceorientierte Behörde,
- transparente und verständliche Verwaltungsvorgänge,
- gelebte Gleichstellung von Frauen und Männern in der Verwaltung,
- Förderung von mobiler Arbeit/Homeoffice in der Verwaltung.

Die Digitalisierung bietet die Chance für mehr Innovation, mehr Dialog und mehr Teilhabe bei der Gestaltung unserer Region. Beispiel: online-Teilnahme an Ratssitzungen.

Durch die Digitalisierung können Wege, Zeit, Energie, Papier eingespart werden und damit die Umwelt geschont werden. Bsp.: Anträge online von zu Hause ausfüllen, Rückfragen in telefonischen oder digitalen Gesprächen klären.

Smarte Region

Die "smarte Region" der Zukunft zeichnet sich insbesondere durch die Verschmelzung von Versorgungsnetzen (Energie, Kommunikation, Mobilität, Transport, usw.) aus. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Bürger*innen mit Wirtschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam eine Digitalstrategie auf den Weg bringen, die auch die Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt.

Eine leistungsfähige, flächendeckende IT-Infrastruktur ist die Grundlage für offene, sichere, datenschutzkonforme und flexible digitale Anwendungen. Digitalisierung ist ein entscheidender strategischer Vorteil.

Was die Kommune an Daten vorhält, sollte öffentlich zugänglich sein, nur gesetzlich geschützte Informationen (Datenschutz) sind davon ausgenommen. So kann jede*r mit Hilfe dieser Daten und Informationen arbeiten und z.B. regionsspezifische Lösungen finden. Wir verstehen unsere Smarte Region als einen dauerhaften Prozess. Vernetzung zu anderen Handlungsfeldern ist für uns selbstverständlich.

GRÜN wählen für

- leistungsfähige Anbindung an die Internet-Infrastruktur für alle,
- die Entwicklung einer inhaltlichen Digitalisierungsstrategie gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung,
- die Förderung von nutzerfreundlichen, digitalen Möglichkeiten bei der Bestellung, Bezahlung und Bearbeitung von Auf- und Anträgen unterschiedlicher Bereiche (z.B. Wirtschaft, Mobilität, Vereinswesen, Verwaltung etc.),
- die Entwicklung eines Konzepts für zugängliche Daten,
- dezentralen Marktplatz von Dienstleistungen ermöglichen,
- Schaffung digitaler Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern vor Ort,
- Hard- und Softwareprodukte müssen ressourcenschonend und nachhaltig sein,
- Sicherstellung von kompetenter IT-Unterstützung für Schulen, die für eine zuverlässige Verfügbarkeit der Schul-IT-Infrastruktur sorgen und die Systeme regelmäßig aktuell halten,
- Beratungsangebote für die Bürger*innen zum Thema IT-Sicherheit ("Wie bewege ich mich sicher im Internet, wie schütze ich meine privaten Daten").

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Oldenburg wissen, dass sich nicht alle unsere Forderungen durchsetzen lassen. Wir werden uns aber weiter nach Kräften dafür einsetzen, möglichst viel davon umzusetzen. Je mehr Grüne wir werden, umso mehr können wir erreichen.

Mit Ihrer Hilfe können mehr Grüne in die Räte gewählt werden und dort Mehrheiten schaffen für gute und nachhaltige Beschlüsse.



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Oldenburg-Land von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 01.06.2021 einstimmig beschlossen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Vorstand des Kreisverbandes Oldenburg-Land von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vanessa Bielefeld, Sarah Czychowski, Detlef Bollmann, Regina Huntemann Eduard Hüasers,
Begüm Langefeld, Helmut Rücker, Jan Speidel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Oldenburg
Friedrichstraße 4a
27798 Hude

Tel.: 04408 7702
info@gruene-oldenburg-land.de
<http://www.gruene-oldenburg-land.de>

Danksagung

Ein ganz herzlicher Dank geht an die zahlreichen Engagierten, die viele Inhalte zusammengetragen, ausgearbeitet, diskutiert und überarbeitet haben.

